



Februar 2020



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wie bereits per Mail angekündigt, fällt unsere Distriktsitzung am 12. Mai 2020 leider aus. Zwar gibt es auch in Hamburg Lockerungen bei Kontaktbeschränkungen. Diese Lockerungen sind nur durch die Disziplin der vielen Hamburgerinnen und Hamburger möglich geworden, die mit Abstandhalten und Kontaktbeschränkungen dafür gesorgt hätten, dass die Zahl der Neuinfektionen stark zurückgegangen ist. Allerdings lassen die Lockerungen noch keine Distriktsversammlung zu. Wir alle sollten darauf achten das wir auch weiterhin auf der vorsichtigen Seite bleiben.

Ich hoffe sehr darauf, dass wir uns am **09. Juni 2020 ZUM SOMMER-GRILLEN** wiedersehen können (Termin auf jeden Fall freihalten) und ein weiteres Stück Normalität eintreten wird. Wenn die Rahmenbedingungen es zulassen, wollen wir an dem Tag viele Leckereien anbieten und freuen uns auf gemeinsame Zeit und gute Gespräche - es gibt so viel zu besprechen. Europa, Ökonomie und Klimaveränderungen sind nur einige Stichpunkte die höchst aktuell sind.

Viel Spaß beim lesen
Mit solidarischen
Grüßen

Andreas Ernst

Distrikt
Bramfeld-Süd

SPD



Quelle: Rhein-Neckar-Zeitung



Themen:

Koalitionsverhandlungen
Was passiert im Seekamp
Abrissarbeiten Moosrosenweg

Seite 2
Seite 4
Seite 5



Webseite: sued.spd-bramfeld.de

Impressum (V.i.S.d.P.):

SPD Bramfeld-Süd
c/o Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg

Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de

E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de

SPD

Bramfeld - Süd





Koalitionsverhandlungen Ein erster Überblick

Liebe Genossinnen und Genossen,

zwei Monate nach der Bürgerschaftswahl haben wir, als SPD, Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aufgenommen. Die Gespräche finden unter dem Eindruck der Corona-Krise statt.

Denn die Corona-Pandemie hat die wirtschaftlichen Voraussetzungen komplett verändert. Die mit der Pandemie einhergehende tiefgreifende Wirtschaftskrise wird sich auf die kommende Legislaturperiode auswirken. Milliardenbeträge aus den Schutzschirmen werden fällig. Als Schwerpunkte für Investitionen in der kommenden Legislaturperiode benannten die möglichen Koalitionspartner die Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Klimaschutz und Bildung. Alle weiteren Ausgaben sollen kritisch geprüft werden. Man werde schauen müssen, was man sich leisten könne. Damit begannen die Koalitionsverhandlungen mit einer der aktuellen Situation seriösen Bestandsaufnahme der finanziellen Situation Hamburgs.

Die Verhandlungskommission unserer Hamburger SPD umfasst acht feste Mitglieder, darunter unsere Landesvorsitzende Melanie Leonhard und Bürgermeister Tschentscher.

Welche Themenbereiche wurden diskutiert?

Bildungspolitik

Hier setzen die Verhandlungsparteien auf Kontinuität. Dieser Teil der Koalitionsverhandlungen wurde praktisch abgeschlossen. Die wohl wichtigste Botschaft im Bereich der Bildungspolitik ist wohl, dass in den nächsten fünf Jahren keine Einsparungen erfolgen werden. So wurde vereinbart weiterhin am Schulentwicklungsplan festzuhalten, der den Bau von 44 neuen und den Ausbau weiterer 100 Schulen vorsieht. Dabei soll der Schulneubau auch weiterhin qualitativ hochwertig erfolgen.



Ein weiteres wichtiges Thema ist die Digitalisierung der Bildung. Hier sollen weitere rund 125 Millionen Euro in die Hamburger Schullandschaft investiert werden.

An dem gemeinsam mit CDU und FDP geschlossenen Schulfrieden wird festgehalten und es sollen weitere Schulen in sozial schwierigen Stadtteilen besonders gefördert werden.

Die bisher 30 geförderten Schulen aus dem Hamburger Programm sollen noch einmal um zehn weitere Schulen aufgestockt werden. Außerdem sollen Grundschullehrer und -lehrerinnen wie geplant mehr Geld bekommen. Ziel ist es, dass Schulsystem noch leistungsfähiger und noch gerechter zu machen, damit nicht die Herkunft eines Schülers über seine Bildungschancen entscheidet.

Kultur

Auch bei diesen Themen haben sich die Koalitionsparteien bei ihren geeinigt. Beide Parteien betonten, dass es in der aktuellen Situation zunächst darum geht die Sicherheit der Strukturen und Sicherheit künstlerischer und kultureller Arbeit auch in Zukunft in unserer Stadt zu gewährleisten. Daher werde es keine Einsparungen bei den Theatern geben, die Modernisierung der Museen gehe weiter, und auch die Freie Szene solle neue Impulse bekommen.

Dabei wollen die Verhandlungsparteien den Impuls der Elbphilharmonie für die Kulturstadt Hamburg verstärken, indem die Förderinstrumente ausgebaut werden. Auch solle das "Haus der digitalen Welt", also eine Kombination aus Zentralbibliothek, Volkshochschule und digitaler Kommunikation, umgesetzt werden. Realisiert soll auch die Konzerthalle am Diebsteich.



Inneres, Sport

Bei der vierten Verhandlungsrunde ging es um die Themen Innenpolitik, Rechtsextremismus und Sport.

Nach den ersten konsensualen Runden bahnten sich erste ernsthaftere Unterschiede an. Denn in ihrem Wahlprogramm hatten die Grünen unter anderem gefordert, dass Schwarzfahren keine Straftat mehr sein solle, genau wie der Konsum von Cannabis. Beides solle zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft werden. Die Grünen argumentieren, dass das die Polizei und die Gerichte entlasten würde.

Aber zunächst haben sich beide Parteien bei den Verhandlungen bei dem Thema Rechtsextremismus Einigkeit erzielt. Man sei entschlossen, diesen Kampf gegen rechts konsequent fortzusetzen. Großes Gewicht soll zukünftig auch das Thema Kriminalität im Internet bekommen. Einige strittige Fragen wurden allerdings verschoben. Einig war man sich darüber, dass Polizei und Feuerwehr in Hamburg weiter gestärkt werden. Bereits laufende Personalaufbau-Programme werden fortgesetzt. Auch über die Errichtung neuer Feuer- und Rettungswachen war man sich einig.

Beide Parteien haben dann entschieden, die strittigen Punkte erst zu verhandeln, wenn es um das Ressort Justiz geht.

Justiz

In der fünften Runde zum Thema Justiz konnten sich die Grünen mit ihrer Forderung nach einem unabhängigen Polizeibeauftragten nicht durchsetzen. Vielmehr haben sich SPD und Grüne darauf verständigt, dass die bereits bestehende Beschwerdestelle der Polizei zu einem Qualitätssicherungsinstrument, das unmittelbar beim Polizeipräsidenten angebunden ist, weiterentwickelt wird.

Danach sollen Beschwerden vertraulich und weisungsunabhängig verfolgt werden. Systematisch sollten mögliche Probleme in einem

Jahresbericht zusammengefasst und der Bürgerschaft zugänglich gemacht werden.

Auch beim Thema Schwarzfahren konnten sich die Grünen nicht durchsetzen. Also die Idee, die Entkriminalisierung von Schwarzfahren umzusetzen oder auf Bundesebene zu verfolgen, wird in der kommenden Legislatur nicht realisiert. Die Entscheidung, ob der Cannabis-Konsum entkriminalisiert werden soll, wurde vertagt. Die Grünen wollten, dass diese Verstöße nur noch als Ordnungswidrigkeiten verfolgt werden.

Eine Einigung wurde bei dem sogenannten „Containern“ erzielt. Beide Parteien wollen sich dafür einsetzen, dass das „Containern“ nicht mehr kriminalisiert wird. Mit diesem Begriff ist das Entwenden von in der Regel abgelaufenen, aber oft noch verwendbaren Lebensmitteln aus Containern vor Supermärkten gemeint. Das "Containern" kann bisher als Diebstahl oder Hausfriedensbruch strafrechtlich geahndet werden.

Einig waren sich SPD und Grüne auch darüber, dass der Stellenaufbau in der Justiz weitergehen soll. Und die Abgeordneten sollen entscheiden, ob sie künftig als Vollzeitpolitiker arbeiten und damit das Feierabendparlament abschaffen wollen.

Wissenschaft, Hochschulen

Trotz schwieriger finanzieller Bedingungen wollen SPD und Grüne den Hamburger Hochschulen Perspektiven zum Wachsen geben. Das erklärten beide Verhandlungsparteien nach der sechsten Runde der Koalitionsverhandlungen im Rathaus.





In der Wissenschaft soll Hamburg als „Wissenschaftsmetropole“ weiterhin gestärkt werden. Vereinbart worden sei ein "Aufwuchsvolumen" von 750 Millionen Euro in den nächsten sieben Jahren. Das entspreche künftigen Steigerungen von mehr als drei Prozent pro Jahr. Darin enthalten sei, anders als bisher, auch der Ausgleich von Tarif- und Inflationssteigerungen bis zu einer Höhe von zwei Prozent.

Zudem soll in der Hansestadt ein modernes Naturkundemuseum entstehen. Dort soll unter anderem die naturkundliche Sammlung der Universität präsentiert werden. Die Verhandlungsparteien hätten außerdem das Ziel, ein Exzellenzcluster Infektionsforschung auf den Weg zu bringen.

Auch einigte man sich darauf, in den kommenden zwei Jahrzehnten 2,6 Milliarden Euro in den Hochschulbau zu investieren. Die Hochschulen erhalten dadurch zusätzliche Unterstützung und Planungssicherheit. Erhalten.

In der siebten Verhandlungsrunde ging es um das Thema Wirtschaft. Ergebnisse wurden aber noch nicht verkündet. Knackpunkte sind angeblich unter anderem die Hafenerweiterungsgebiete in Moorburg und Altenwerder sowie die A26-Ost, die durch den Hafen verlaufen soll.

Weitere schwierige Themen stehen an. Verkehr, Soziales und Umwelt um nur einige zu nennen. SPD und Grüne wollen die Gespräche möglichst bis zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause abschließen. Die letzte Bürgerschaftssitzung vor der Sommerpause ist am 24. Juni geplant. Der Hamburger Senat ist derzeit nur noch geschäftsführend im Amt.



Steuerverluste für Hamburg

Rund 1,65 Milliarden Euro könnten Hamburg nur in diesem Jahr im Vergleich zur letzten Steuerschätzung fehlen. Das zeigt eine Einschätzung der Finanzbehörde. Sie stammt zwar schon von Ende März, gilt aber noch als aktuell. Die Finanzbehörde hat schlicht die Folgen der Covid-19 Pandemie für Hamburg hochgerechnet und geht von einem Einbruch der Wirtschaftsleistung von bis zu sechs Prozent aus.

Dadurch verzeichnet Hamburg ein Minus von 27 Prozent der Einkommenssteuer und 22 Prozent der Gewerbesteuer. Die Mehrwertsteuereinnahmen rutschen um 12 Prozent, die der Körperschaftssteuer gar um 64 Prozent. Damit ist mit einem Rückgang bei den gesamten Steuereinnahmen von rund 13 Prozent zu rechnen. Das Minus vergrößert sich vermutlich noch um rund 100 Millionen Euro für Mehrausgaben etwa für Krankenhäuser.

Dennoch will der Senat nicht gegen die Krise ansparen, sondern Hamburg schnellstmöglich wieder zum Laufen bringen.



Was passiert im Seekamp?

In der Straße Seekamp sind auf ganzer Länge Metallbügel gesetzt worden. Damit wird verhindert, dass Fahrzeuge auf Gehwege ausweichen können, wenn es zu Begegnungen kommt. Die Straße wird gerne als Schleichweg genutzt, wenn es zu Staus auf der Bramfelder Chaussee oder der Fabriciusstraße kommt.



Zu Recht haben die Anwohner auf diese Situation im Regionalausschuss aufmerksam gemacht. Allerdings konnte den Wünschen der Anwohner, die Straße zur Einbahnstraße zu machen oder an einem Ende zu schließen nicht nachgekommen werden.

Auch haben Untersuchungen der Polizei nicht gezeigt, dass im Seekamp zu schnell gefahren wird, auch ein Unfallschwerpunkt ist nicht zu sehen.

Abrissarbeiten Moosrosenweg



Am Moosrosenweg sollen neben Hunderten Wohnungen ein riesiges Bürogebäude entstehen. 1.000 Büro-Arbeitsplätze, 20.000 Quadratmeter Bürofläche und 12.000 Quadratmeter Tiefgarage. Bei diesem Projekt handelt es sich um eines der größten Büroprojekte in Hamburg der nächsten Jahre. Direkt daneben im Moosrosenquartier entstehen rund 600 Wohnungen. Eine der Bauflächen,

das ehemalige und mittlerweile leerstehende HEW Ausbildungszentrum war allerdings vorübergehend unter Denkmalschutz gestellt. Die Senatskommission hob den Denkmalschutz aus öffentlichem Interesse auf und nun beginnen die Abrissarbeiten. Die Bauarbeiten an den Projekten werden über mehrere Jahre gehen.



SPD-Fraktion Bezirksversammlung Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg

Telefon: 682 67 784

E-Mail: spdfraktion-wandsbek@t-online.de



SPD-Kreisbüro Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg

Telefon: 689 44 511

E-Mail: hh-wandsbek@spd.de



SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher Allee 10 | 20097 Hamburg

Telefon: (040) 280 848 - 0

Fax: (040) 280 848 - 18

E-Mail: kontakt@spd-hamburg.de

